

Beschluss (vorläufig)

Keine Kohle für die Kohle - Divestment jetzt!

Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre erreicht neue Höchstwerte. Damit werden die globale Erwärmung und der damit verbundene Anstieg des Meeresspiegels auf Jahrzehnte zementiert. Trotz Millionen, die für eine ambitionierte Klimapolitik weltweit am 21. September auf die Straße gegangen sind, passiert noch nicht genug. Klimaschutz bleibt ein Lippenbekenntnis, wenn weiterhin fossile Energien subventioniert und gefördert werden.

Wenn die Regierungen ihren Zusagen bzgl. des Abbaus fossiler Subventionen nur unzureichend nachkommen, muss die notwendige Dynamik für eine nachhaltige Investitionspolitik von den Menschen, Kommunen und Unternehmen selbst in Gang gesetzt werden. Bereits heute haben sich - ausgehend von den USA - viele Städte, Universitäten oder Kirchengemeinden auf Druck von AktivistInnen verpflichtet, ihr Vermögen aus CO₂-belasteten Anlagen zurück zu ziehen. Dieses "Divestment" bedeutet also ganz konkrete Transformation. Für uns ist Divestment aber mehr als grüne Symbolik. Es kann die Kurse von Unternehmen beeinflussen, Investitionssignale neu setzen und fossile Projekte wie die meist ko-finanzierten Kraftwerksneubauten oder Kohleminen sogar verhindern.

Divestment ist aber auch finanzpolitische Vorsorgepolitik. Bereits heute verzeichnen fossile Unternehmen - private und staatliche - so viele Gas-, Kohle- und Ölreserven in ihren Büchern, dass kein vertretbares Klimaziel zu erreichen wäre. Durch ihre Investitionen, die auch noch vorwiegend für die Suche nach weiteren Lagerstätten eingesetzt werden, wetten sie auf die Unfähigkeit von Politik und Gesellschaft, die Bekämpfung des Klimawandels wirksam anzugehen. Damit spekulieren sie in einem Spiel, das niemand gewinnen kann.

Echter Klimaschutz ist daher nicht mit den Renditeerwartungen dieser Unternehmen zu vereinbaren. Europäische Banken, Versicherungen und Pensionsfonds haben schon eine Billion Euro in fossilen Unternehmen oder Projekten investiert. Damit ist die Stabilität des europäischen Finanz- und Rentensystems auf Sand gebaut. Die Bundesregierung muss ihre G7-Präsidentschaft im kommenden Jahr klimapolitisch sinnvoll nutzen: Sie muss darauf hinwirken, dass es eine Vereinbarung gibt, die Risiken fossiler Investitionen endlich in die Bewertung von Anlagestrategien und Bankenportfolios einzubeziehen.

Wir Grüne werden uns für ein umfassendes Divestment einsetzen. Wer Geld anlegt, handelt immer auch politisch. Damit die Anlegerinnen und Anleger selbst entscheiden können, ob sie in fossile Anlagen investieren wollen oder nicht, brauchen wir mehr Transparenz bei Banken, Fonds, Versicherungen und Pensionskassen.

Die im kommenden Jahr stattfindende Pariser Weltklimakonferenz hat die schwierige Aufgabe, ein umfassendes und ambitioniertes Abkommen zu beschließen. Wer Emissionen reduzieren will, muss sich von den fossilen Energien abwenden – nicht nur perspektivisch, sondern auch praktisch. Weitere Divestment-Zusagen von Staaten und Institutionen – öffentlich und privat – können helfen Paris zu einem Erfolg zu machen.

Die schwarz-rote Bundesregierung muss daher zeigen, dass sie Klimaschutz ernst nimmt und die staatliche Entwicklungsbank KfW sowie den Rest ihrer Bankengruppe (IPEX, DEG) endlich komplett kohlefrei machen. Gleichzeitig darf es keine weiteren Hermes-Bürgschaften für Kohlekraftwerks- und Kohleinfrastrukturprojekte geben. Die Ankündigung beim Ban Ki-Moon Gipfel von Umweltministerin Hendricks war halbherzig und zeigt nur, dass die Regierung uneins ist. Aber auch Kommunen und Länder sind aufgerufen, zu prüfen, wo ein Divestment möglich ist. Gerade die klimaschädliche Kohle braucht nicht noch mehr Kohle!